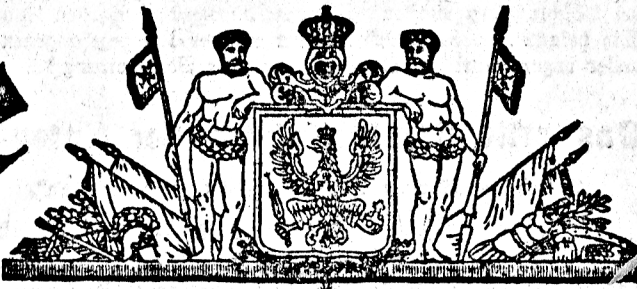


Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1.50 M. u. 83 1/2% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1.25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): I. V. Rolf Gallert in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Italien und der Friedensvertrag.

Der Kammerauschuß für Ratifizierung.

Mailand, 6. August.

Der „Corriere della Sera“ berichtet aus Rom, daß die Kommission für die Prüfung der Ratifizierung des Versailler Vertrages nach mehreren Sitzungen in langen Debatten der Ratifizierung zugestimmt habe. In der Kommission haben sich die Sozialisten der Ratifizierung widersetzt, während zwei andere Deputierte Vorbehalte machten.

Der Ausschuß verlangte von der Regierung Mitteilungen über den Wert des Völkerbundes sowie über die Bedeutung der politischen, militärischen und finanziellen Verpflichtungen, die seinen Mitgliedern aus dem Beitritt zum Völkerbunde erwachsen, desgleichen Aufklärung über die Einschränkungen betreffend den Eintritt der besiegten Völker in den Bund. Von verschiedenen Seiten wurde der baldige Beitritt Deutschlands und seiner früheren Verbündeten befürwortet.

mp Rom, 6. August.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Der „Popolo Romano“ fügt den französischen Nachrichten über eine bevorstehende Verständigung innerhalb der Entente bezüglich der italienischen Ansprüche in Kleinasien und der Adria eigene Mitteilungen an, die wahrscheinlich aus bester Quelle stammen. Man sei in politisch-parlamentarischen Kreisen über die Wendung der Verhandlungen in Paris nicht befriedigt. Italien sei infolge des taktvollen Vorgehens Littonis das ganze Mittelmeer mit dem Dreieck Konstantinopel-Adria gesichert worden. Smyrna solle den Griechen verbleiben. Auf Smyrna, meint das Blatt, würde Italien umso leichter verzichten, als die Stadt nur der Mittelpunkt anti-italienischer Einflüsse sei. Bedeutender sei, daß Littoni das kleinasiatische Dreieck für wichtig gehalten haben soll, um Italien den Verzicht auf den Dardanellens-Korridor zu gestatten, der, wie das Blatt sagt, in italienischen Händen ein den Griechen sehr unangenehmer Faktus gewesen ist. Ein früheres englisch-griechisches Abkommen dürfte übrigens die Wirkung haben, daß die Rückgabe des Dardanellens an Griechenland die englischen Vertragsverpflichtungen bezüglich Zyperns aufhebt. Bezeichnenderweise spricht der inspierte Artikel des „Popolo Romano“ von der Befriedigung Italiens, darüber, daß Italien Griechenland dadurch „seine Söhne zurückhält“. Littoni muß also eine recht weitgehende Verständigung mit Griechenland gelungen sein. Auch die Freiheit und Unabhängigkeit Albanien wäre gemäß der italienischen Anschauung gewährt. Auch hier scheinen nach der Ausdrucksweise des Blattes die griechischen Interessen in Nord-Epirus und Süd-Albanien nicht vernachlässigt worden zu sein. Vielleicht steht mit diesen Dingen die Nachricht in Zusammenhang, daß der Widerstand gegen eine Wiederaufnahme Bulgariens von der ägäischen Küste fallen gelassen worden sind. Bezüglich Fiume sagt der „Popolo Romano“, die Stadt werde Freistaat, der Hafen würde internationalisiert werden, doch sei Italiens Wünschen bezüglich der territorialen Grenzen an der Freistadt Fiume Rechnung getragen. Die Eisenbahnlinie längs der Küste Fiume-Triest, einschließlich Abbazia, werde ganz italienisches Gebiet. Die Eisenbahn über die Julischen Alpen werde international. Sebenico und Zara würden Freistädte. Diese Lösung entspräche, so schreibt das Blatt, den Wünschen der amerikanischen Delegation und werde daher auch der Zustimmung der übrigen Verbündeten sicher sein.

Wiederaufnahme des Welt-Öst-Verkehrs

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

r Mainz, 6. August.

In Paris findet heute eine interalliierte Konferenz statt, die sich mit der Wiederaufnahme der Verkehrsbeziehungen zwischen der Entente und Mittelamerika auf Grund der west-östlichen Bahnverbindungen vom Jahre 1914 befaßt wird.

Liquidierung deutscher Güter in Frankreich.

Verfaßtes, 6. August.

Die französische Kammer verhandelte gestern über den Gesetzesentwurf betreffend die Liquidierung sequestrierter deutscher Werte in Frankreich; das Gesetz wurde angenommen. Aus der Besprechung geht hervor, daß nunmehr in die Liquidation der beschlagnahmten Güter eingetreten wird. Die Regierung hat das Verkaufrecht, das sie übertragen kann auf Departements, Gemeinden und andere öffentliche Institutionen. Geht dies nicht, so werden die Werte öffentlich versteigert.

steigert. Auf Anfrage des Abgeordneten Lafont, erklärte der Justizminister, daß das Gesetz auch auf Elsaß-Lothringen Anwendung finden werde.

Rücktritt des Kabinetts Peidl.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Wien, 6. August.

Aus Budapest wird gemeldet: Der Ministerrat ist heute nachmittag zusammengetreten und hat den Rücktritt des Gesamtkabinetts beschlossen. (Siehe auch vierte Seite.)

Die Erhöhung der Kohlenförderung.

Unter Vorsitz des Reichsministerpräsidenten Bauer fand Mittwoch vormittag, wie bereits gemeldet, in der Reichskanzlei zwischen Vertretern der beteiligten Reichs- und Staatsministerien, sowie einer Anzahl Vertretern der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Besprechung über die Möglichkeit der Erhöhung der deutschen Steinkohlenproduktion statt. Von sämtlichen Rednern wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen. Starke Eindruck machten insbesondere die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers. Er betonte, daß schon jetzt durch den großen Rückgang der Produktion eine Kohlenkrise herrsche, die sich zunehmend verschärft habe und drohe, das Verkehrsleben wie auch die Industrie lähmzulegen. Die Eisenbahn habe im Durchschnitt nur noch Vorräte für acht bis vierzehn Tage; es müsse ernstlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden, den Personenverkehr wiederum stark einzuschränken.

Wenn schon jetzt die innere Kohlenversorgung Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künstlich als erschwerender Faktor die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von Kohlen an die Entente hinzu. Wenn auch von Seiten der Alliierten zugegeben worden ist, daß die im Friedensvertrag festgelegte Lieferung von 40 Millionen Tonnen jährlich für Deutschland eine physische Unmöglichkeit ist, so werden sie wahrscheinlich doch auf der Lieferung von ganz erheblichen Mengen Kohle bestehen. Deutschland ist aber verpflichtet und gewillt, diese im Friedensvertrag begründeten Kohlenforderungen zu erfüllen, soweit dies überhaupt im menschlichen Vermögen steht. Eine Einfuhrmöglichkeit von Kohle nach Deutschland besteht nicht, weil auch die Ententeländer in hohem Maße von der Kohlennot betroffen sind; auch ist nicht ersichtlich, wie eine solche Einfuhr bezahlt werden könnte. Der kommende Winter wird daher Deutschland auf jeden Fall in Hinblick auf das Einfuhrmaterial die einschneidendsten Einschränkungen auferlegen, er wird eine Kohlennot von großer Härte mit manchen unvermeidlichen Leiden und Entbehrungen für die Bevölkerung bringen.

Man war in der Besprechung allgemein der Ansicht, daß deshalb unter allen Umständen und um jeden Preis alles getan werden müsse, die deutsche Kohlenproduktion zu steigern. Aus dem Kreise der Anwesenden wurden eine Fülle von Anregungen in dieser Hinsicht gegeben. Zur eingehenden Prüfung aller Vorschläge wurde eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kohlenindustrie eingesetzt, die unter dem Vorsitz des Reichs-Arbeitsministers schon Donnerstag früh ihre Arbeit aufnehmen wird.

* Dortmund, 6. August.

Der Vertreter des Reichskommissars für die Kohlenversorgung stellt fest, daß keine Besserung in der Versorgung eingetreten sei. Augenblicklich ist nicht einmal der laufende Bedarf vorhanden, geschweige denn, daß eine Eindeckung für den Winter erfolgen kann. Die Ausfälle lassen sich nicht mehr einsparen, die Ausflüsse auf eine rechtzeitige wirksame Steigerung der Förderung sind äußerst gering. Diese Angaben werden durch den Generaldirektor Berggrat Kleine in vollem Umfange bestätigt. Kein Betrieb verfüge über Kohlenvorräte, die größeren seien bereits zur Holzfeuerzeugung übergegangen, um die Arbeit aufrecht zu erhalten. Dazu komme ein empfindlicher Wagenmangel. Für den Winter sei das allerschlimmste zu befürchten. Der Ausgleich der Ausfälle, die durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch den Rückgang der Leistungen verursacht worden sind, erfordert für das Ruhrgebiet weitere 150 000 Arbeiter, deren Einstellung jetzt unmöglich ist.

Gegen die „Rheinische Republik.“

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Köln, 6. August.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Kölns erläßt folgenden Aufruf an seine Mitglieder: „Freunde, die Augen auf! Neuerdings versuchen politische Heißsporne, in der Rheinlandsfrage eine vorschnelle Entscheidung herbeizuführen. Sinter dem Treiben steht Dortein. Das sagt genug. Seht diesen wankelmütigen Volksgenossen die unveränderliche Treue zum einigen Vaterland entgegen! Weist ihre Sturmflügel gegen die unter schweren Mühen zustandgekommene Reichsverfassung mit Entschiedenheit zurück. Der Kartellvorstand.“

Das Programm der erneuerten Internationale.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

z Bern, 6. August.

Nach dreitägigen intensiven Ausschusarbeiten trat heute die internationale Rat der zweiten Internationale wieder zu einer öffentlichen Plenarsitzung zusammen. Ursprünglich hätten heute die Anträge der die internationale politische Lage behandelnden Kommission auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Aus technischen Rücksichten kam jedoch die Neuorganisation der Internationale zuerst zur Sprache, und die lindenden Stürme innerhalb des internationalen politischen Komitees können sich vorerst einmal in anderen Räumen austoben.

Diese Unstimmigkeiten, die sich übrigens nahezu ausschließlich zwischen den deutschen Mehrheitslern und den Unabhängigen abspielen, haben wilde Gerüchte in Umlauf gebracht, die sogar von einer drohenden Sprengung der Internationale zu berichten wußten. In Wirklichkeit kann davon ebensowenig die Rede sein wie von einer überwältigend einmütigen Solidarität der Internationale. Die großen Abspaltungen der Russen, Italiener und Schweizer sind längst vor Zusammentritt der Luzerner Konferenz erfolgt, und es erkräftigt sich für den Präsidenten lediglich die wehmütige Feststellung, daß auch die Anfang Juni vorgenommene Verhöhnungsreise Longuets und Ramsay MacDonalds erfolglos geblieben war. Weder die Italiener, noch die Schweizer waren dazu zu bewegen, in die zweite Internationale zurückzukehren, und während die Italiener sich bekanntlich schon vor einiger Zeit der dritten Internationale angeschlossen hatten, befinden sich die Schweizer auf halbem Wege dorthin. Weitere Loslösungen sind für den Augenblick nicht zu befürchten, um so weniger, als die Luzerner Konferenz ausschließlich vorbereitenden, beratenden Charakter hat und weder über die Beschlüsse des Berner Kongresses hinauszugehen, noch den Entschlüssen des nächsten Februar-Kongresses (Genf oder Stockholm) vorzugreifen vermag.

Immerhin haben die ausgleichenden Elemente, hauptsächlich Engländer, alle Hände voll zu tun, um den Brand des deutschen Familienstreites nach Möglichkeit zu lokalisieren. Gatten sie in Bern noch die Aufgabe, zwischen Deutschen und Franzosen Brücken zu schlagen, so handelt es sich jetzt nur noch um Brücken zwischen Deutschen und Deutschen. Ob dies wirklich ein Fortschritt ist, ist jedenfalls zu bezweifeln. Ueber die Zwistigkeiten zwischen den deutschen Mehrheitslern und den Unabhängigen ist kaum Neues zu sagen. Der Wille zur Verständigung ist jedenfalls nicht überwiegend.

Zum Ueberfluß taucht auch wieder einmal die Schuldfrage auf, und sie dürfte von Kongreß zu Kongreß weitergegeben werden. Wandervogel wiederholte die Februarrede Albert Thomas' mit einem verblüffend ähnlichen Bruchton. Man entschuldigt ihn damit, daß er in Bern nicht anwesend gewesen sei. Ein schwacher Trost für diejenigen, die es waren.

Der Berichterstatter über das neue Statut der Internationale, der Holländer Bliegen, verwies auf die Notwendigkeit, dem ungeheuren Wachstum der zweiten Internationale durch eine Neugestaltung des 27 Jahre alten Statuts gerecht zu werden. In dem neuen Entwurf sind die einleitenden Sätze bemerkenswert, die, wenn man will, eine gewisse Schwelung nach rechts bekunden. Von nun an soll nämlich nicht mehr vom wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf die Rede sein, sondern von der „Sicherung der völligen Befreiung der Menschheit“. Dieser Statutenentwurf muß nicht nur von dem internationalen Rate, sondern auch von dem nächsten Kongreß genehmigt werden. Die programmatischen Sätze lauten:

1. Die politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zwecks Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsform und Sicherung der völligen Befreiung der Menschheit durch die Eroberung der politischen Macht und der Sozialisierung der Produktion und Austauschmittel.

2. Die internationale Einheit und Aktion für die Organisierung des wahren Völkerbundes, der der Bund aller Völker sein wird, ihrer Geschicke Herr zu werden, durch den Kampf gegen den Chauvinismus und Imperialismus für die allgemeine und gleichzeitige Abschaffung des Militarismus und des Regimes der Krieger, um den Weltfrieden zu sichern.

3. Die Internationale vertritt und verteidigt die Interessen der unterdrückten Völker und Rassen.

4. Vor Erreichung dieser Ziele dienen der Arbeiterklasse drei Formen des Kampfes, deren jede auf einer anderen Entwicklungsstufe steht und ihre besondere Aufgabe erfüllt: die politische, die genossenschaftliche und die gewerkschaftliche. Diese verschiedenen Organisationen müssen als autonome Körperschaften weitertrachten, ihren Einfluß in den verschiedenen Ländern immer mehr zur Geltung zu bringen und die internationale Geschlossenheit zu festigen. Da diese Organisationen denselben Ziele zustreben und jede eine Erscheinung der einen großen Bewegung darstellt, darf keine Gelegenheit veräußert werden, sie einander zu nähern, um gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu wirken.“